

Einzelpreis 90 Mark.

Lobzer

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Ercheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage: täglich früh.
Schriftleitung und Geschäftsstelle
Betrifauer Straße 86, Tel. 6-88.

Bei Betriebsstörungen durch höhere Gewalt Arbeitsniederlegung oder Ausverkung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Vertretungen in:
Alexandria, Bagdad, Charkow, Kiew, Lemberg, Lublin, Odessa, Warschau, Wien, Krakau, Breslau, Danzig, Gdansk, Poznan, Lodz, Katowice, Sosnowice, Tomaszow, Turek, Bialystok, Biala, Glogow, etc.

245

Mittwoch, den 18. Oktober 1922

5. Jahrgang.

Orientkrisis und Weltwirtschaft.

In Zist, das mit der Abtretung des Memellandes Deutschlands nördlichste Stadt geworden ist, schloß Napoleon Bonaparte Freundschaft mit dem Herrscher aller Reußen, Alexander I. und verabschiedete mit ihm die Teilung der Welt. Seit den Zeiten Karls des Großen haben die Reußen nach dem Befehl von Konstantinopel, das sie Jargrad nennen, von dort kammt ihre Religion. Als aber der Kaiser von Napoleon Konstantinopel forttrieb, rief der Reue ganz entseht: „Nein, das bedeutet die Herrschaft der Welt.“ Und Napoleon I. tat damals gut, als er den Reußen nicht die Dardanellen angestrichelt, denn heute würde wohl ganz Europa unter der schweren Last des Panislamismus seufzen. Jede sich bietende Gelegenheit benutzte der Reue, um den „ranken Mann am Bosphorus“ zu würgen und zu zermalmen. Aber ein jedes Mal fielen ihm andere Mächte in die Arme, denn sie mußten es genau, mit Konstantinopel zugleich ging es um die Weltwirtschaft. Nachdem der Reue seinen Drang nach dem Meere nicht in Europa stillen konnte, versuchte er abwechselnd nach Osten und Westen seinen Appetit zu befriedigen und sich dabei auf japanische Interessen, was im Jahre 1905 zum russisch-japanischen Kriege führte, der mit einer vernichtenden Niederlage Russlands endete. Nun lenkte der Reue sein Augenmerk wieder auf den Balkan und Konstantinopel. Oesterreich verfolgte mit großer Aufmerksamkeit den neuen Weg der russischen Politik und gab Moskau deutlich zu verstehen, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien führe. Das Wort merkte sich die russische Diplomatie wohl, und als der große Weltkrieg ausbrach, da warf der russische Generalstabschef Nikolai Nikolajewitsch seine besten Armeen gegen Oesterreich, um nach Erfüllung der Karpaten über Wien nach Konstantinopel zu gelangen. Zehn Monate, nach dem Italien in den Weltkrieg eintritt (dies geschah in jener Zeit, da die russische Front in der berühmten bei Gorlice in Galizien begonnenen deutschen und österreichisch-ungarischen Offensive vollständig zerbrach und geschlagen wurde), besetzten die Alliierten unter oblicher Umgehung Italiens einen Geheimvertrag, der im Falle des Erfolges die Türkei nach folgendem Aufstellungsplan aus der Liste der Staaten streichen sollte: 1. England bekommt Arabien, Palästina und Mesopotamien, 2. Frankreich Syrien und Libanon, 3. Rußland Anatolien und die Meerengen von Konstantinopel. Aber diese Teilung wurde nach dem moralischen Zusammenbruch der Mittelmächte nur scheinbar durchgeführt, als hierbei Frankreich und England in Frage kamen. Rußland dagegen war bereits vorher von Deutschland besetzt worden und danach dem Bolschewismus anheimgefallen. Trotzdem hält auch das bolschewistische Rußland an dem russischen „Recht“ auf die Dardanellen fest und erklärt, daß zur Regelung über ein Offenhalten der Dardanellen niemals die Entente, sondern höchstens die direkten Nachbarn, außer Rußland und Türkei vor allem die Ukraine, Rumänien und Georgien berufen seien.

Der Weltbrand glimmt 4 Jahre nach seiner offiziellen Löschung durch die vier Pariser Friedensverträge lustig weiter.

Poincaré spinnst, seitdem er französischer Premierminister geworden ist, Netze, in welche er den englischen Löwen hineinlocken will, um ihn endlich zu erlegen. Was nützt es heute England, daß es den Reußen von Konstantinopel und den Großschiern von Mekka unter seine Gewalt bekam und in Palästina den jüdischen Staat, eine der stärksten Zukunftsapitalmächte, schuf? Es hätte damit zwar in islamistischen Hauptstädten Fuß gefaßt, aber mittlerweile hatte Frankreich im Stillen weit erfolgreichere als England seine östlich gerichtete Kontinentalpolitik betrieben, ohne sich zu erschöpfen, wie es England erwartet hatte. Der britische Löwe wäre zwar noch in der Lage, dem Pan-Islamismus den Garaus zu machen, aber er sieht, wie der Franzose aus seiner glücklich geführten Kontinentalpolitik Nutzen über Nutzen gewinnt, während England im gleichen Maße einen Verlust nach dem andern erleiden muß, und das gibt dem Engländer viel zu denken. Er hat sich zu dem Erkenntnis durchgerungen, daß er nun umkehren und Forderungen erfüllen muß, die er noch vor kurzem als unerhört abgelehnt haben würde.

England weiß, daß das Großfeuer im Orient bei einem entsprechenden politischen Winde leicht die ganze Welt in einen neuen Brand setzen könnte. Deshalb war es im voraus klar, daß Englands Vertreter in Paris, Lord Curzon, im letzten

entscheidenden Moment dem Türken weisentliche Zugeständnisse machen würde.

England mußte im Streit um die Meerengen nachgeben, weil dies außer der englischen Arbeiterkraft die englische Handelswelt forderte. Die Londoner City, die den Vorschlag des Welthandels am ehesten und empfindlichsten spürt, hat sich bekanntlich gegen eine kriegerische Vermittlung im Orient ausgesprochen und da blieb den englischen Staatsleuten nichts anderes übrig, als zu gehorchen. Für die Londoner City ist die Orientkrisis vor allen Dingen ein wirtschaftliches Problem. Die neue Störung im Osten kommt dem englischen Exporthandel furchtbar unlegen. Eine neue politische Krise hätte die Hoffnung der Londoner City völlig zerstört. Es wäre dadurch eine neue Unsicherheit bezüglich der gesamten Handelslage entstanden, die den Orient hinsichtlich aller Warenimporte zur größten Zurückhaltung veranlassen hätte. Eine Erhebung der mohammedanischen Kreise hätte den englischen Kaufmann in Ägypten und Indien geradezu vernichten getroffen. Der „Manchester Guardian“ vom 28.

September berichtete über die Stimmung das Folgende: „Die Konversation an der Börse beginnt und endet mit der Frage des nahen Ostens. Vom ersten Augenblick an, als sich die Möglichkeit ergab, daß England direkt in den Krieg verwickelt werden könne, war der Handel wie gelähmt. Allmählich hat sich zwar die erste dunkle Wolke etwas gelichtet, aber eine eigentliche Reaktion der herbeigeführten Depression ist noch nicht zu erkennen. Von Tag zu Tag schrumpft die Nachfrage aus Indien mehr zusammen. Nur die allerbedingtesten Bedürfnisse werden befriedigt. China ist völlig abgeneigt, Geschäfte in dem üblichen Umfange abzuwickeln.“

Solche Berichte aus England lassen erkennen, daß die Orientfrage auch eine große Weltwirtschaftsfrage ist. Möchte man hieraus doch die Konsequenzen ziehen, daß ohne eine gründliche Revision aller politischen Beziehungen der Länder untereinander weder ein politischer Frieden noch eine wirtschaftliche Entwicklung möglich ist.

„Der Kampf um die Vorherrschaft in Europa.“

Aussagen Tschitscherins über die englisch-französische Rivalität.

Berlin, 17. Oktober. (Pat.) Das russische Korrespondenzbüro meldet, daß Tschitscherin einem Vertreter der „Zemlja“ gegenüber u. a. folgendes erklärt habe: Alle politischen Konferenzen, die in der letzten Zeit stattfanden, sind Epochen des Kampfes um die Vorherrschaft in Europa, der zwischen Frankreich und England ausgetragen wird. Die gesamte Weltlage zwingt Rußland zu einer aktiven Außenpolitik. Wir müssen danach streben, eine politische Weltmacht zu werden.

Franklin Bouillon über das Zustandekommen des Waffenstillstandes.

Paris, 17. Oktober. (Pat.) Franklin Bouillon machte französischen Botschaftern Mitteilungen über die Vorgeschichte und den Verlauf der Konferenzen von Mudania. Er erinnerte zunächst an die Remal Pascha überlieferte Depesche und an die Antwortnote, die ihn zur Abreise veranlaßt hatte. Gleich nach seiner Ankunft in Smyrna konferierte Bouillon mit den Remalisten und Vertretern der Zivil- und Militärbehörden und bewog die Regierung Remal dazu eine Konferenz der Generale einzuberufen. Darauf sprach Bouillon von den verschiedenen Phasen der Verhandlungen und wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus den mangelhaften telegraphischen Verbindungen sowie aus den Sprachen und Temperamentsunterschieden der Konferenzteilnehmer ergaben. Franklin unterstrich die Loyalität und den guten Willen der Remalisten, die im Verlauf der Verhandlungen in Mudania zum Ausdruck kamen, wie auch den politischen Scharfsinn Remals, der trotz seiner Siege den Vorrat seiner Truppen aufhielt. Franklin kam sodann auf die Ergebnisse der Verhandlungen in Mudania zu sprechen, und zwar auf die Einstellung des Vormarsches der türkischen Truppen, wobei die Türkei sich zugleich einverstanden erklärte, keinen einzigen ihrer Soldaten an das europäische Ufer der Meerengen zu schicken. Die Gewaltpolitik, so sagte zum Schluß Franklin Bouillon, hat nur den Erfolg zu verzeichnen, daß sie die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages verzögerte. Dant aber den Einflüssen einiger Mächte, die im Namen der Gerechtigkeit sprachen, sei das Friedenswerk zu Stande gekommen.

Paris, 17. Oktober. (Pat.) Die Friedenskonferenz wird aller Wahrscheinlichkeit nach am 6. November zusammenzutreten. Franklin Bouillon hat Poincaré Smyrna als Verhandlungsort vorgeschlagen, die Verbündeten scheinen jedoch aus materiellen und moralischen Rücksichten gegen die Wahl Smyrnas zu sein. Angora wiederum erklärt sich mit einer Stadt in der Schwere als Verhandlungsort nicht einverstanden.

weilwegen die Friedenskonferenz wahrscheinlich in Frankreich oder Italien stattfinden wird.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Paris, 17. Oktober. (Pat.) Amlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Reichsregierung der Reparationskommission eine Obligation auf 47,545 155 Goldmark überwiesen habe, die am 15. April 1923 in Brüssel zahlbar ist.

Paris, 17. Oktober. (Pat.) In der heutigen Vormittagsitzung wird sich die Reparationskommission mit Fragen zweiter Ordnung befassen, worauf sie in der Nachmittagsitzung über die Vorschläge Brabburys beraten wird.

Paris, 17. Oktober. (Pat.) Wie „Temps“ berichtet, wird die Antwort Frankreichs auf die Vorschläge Brabburys nicht vor Freitag erfolgen. Poincaré hatte eine längere Konferenz mit Barthou und wird in derselben Angelegenheit mit dem Präsidenten Millerand konferieren.

Ebert soll bleiben.

Berlin, 17. Oktober. (Pat.) Auf Grund des Ergebnisses der gestern zwischen den Parteiführern und dem deutschen Reichskanzler stattgefundenen Besprechungen teilt das „Berliner Tageblatt“ mit, daß die Koalitionsparteien zusammen mit der deutschen und bayerischen Volkspartei in der Mittwochsitzung des Reichstages aller Wahrscheinlichkeit nach eine gemeinsame Erklärung abgeben werden, in der sie dem Reichspräsidenten das Vertrauen ausdrücken und ihn ersuchen werden, vorläufig die Reichsgeschäfte weiter zu führen.

Nachklänge der Berliner Ausschreitungen.

Berlin, 17. Oktober. (Pat.) Während der gestern im Zusammenhang mit den blutigen Vorfällen von der Polizei vorgenommenen Ermittlungen wurden während einer Hausdurchsuchung in den Redaktionsräumen der „Roten Fahne“ eine Menge kommunistischer Druckschriften beschlagnahmt. Wie verlautet, wurden gestern 20 Personen verhaftet.

Berlin, 17. Oktober. (Pat.) In einer gestern stattgefundenen kommunistischen Versammlung wurde beschlossen, vom Polizeipräsidenten die Befreiung aller verhafteten Personen zu fordern, und zwar unter der Drohung, daß die Kommunisten im entgegengesetzten Falle einen Streik herbeiführen würden. Die Kommunisten behaupten, daß der Vorfälle durch einen Ueberfall der Orgelschmiedhandlunge auf die friedlich demonstrierenden Arbeiter veranlaßt worden sei.

Ein unerhörtes Unrecht.

Unter dieser Ueberschrift berichtet der „Kurjer Pozn“ über die Beschlagnahme einiger Nummern des Warschauer „Kurjer Informacyjny i Telegramiczny“ und des „Kurjer Gzernony“ für Artikel, welche die Tätigkeit der Regierung, speziell des Ministers Jankowski und des Herrn Jankowski kritisieren. Der „Kurjer“ schreibt hierüber: Heute früh, wie unser Korrespondent berichtet, wurde in Warschau der „Gzernony“ beschlagnahmt und dabei das Präventivsystem angewandt, d. h. Beschlagnahme vor dem Herauskommen der Nummer aus der Druckerei. Dies ist aber absolut unerlaubt nach der bei uns geltenden Pressenormenordnung. Gegenüber einem derartigen Mißbrauch des Herrn Komat, sowie seines ganzen Kabinetts, das nicht gefaltet, seine Maßnahmen zu kritisieren und zu unrechtmäßigen Mitteln greift, protestieren wir mit ganzer Energie und drücken die Hoffnung aus, daß sich hinter uns die ganze polnische Presse stellen wird, um für den Schutz der Freiheit des gedruckten Wortes einzustehen. — Mit einem Mal herrscht also große Aufregung in der nationaldemokratischen Presse über eine Verletzung der Pressefreiheit, trotzdem angeblich schon früher zahlreiche Beeinträchtigungen der Pressefreiheit vorgekommen sind. Nur daß es sich bisher immer handelte um — deutsche Blätter.

Wie wir der „Rattow. Jg.“ entnehmen, wurde kürzlich an zwei verschiedenen Tagen das in Rattow erscheinende Organ der deutschen Sozialdemokratie, der „Volkswille“, von der Polizei beschlagnahmt. Der für die fraglichen Ausgaben verantwortliche Redakteur Dr. Wolff erhielt bald darauf zwei verschiedene Strafbefehle. Weil die Zeitung bei der verantwortlichen Zeichnung nicht die volle Adresse des Redakteurs (Straße und Hausnummer) angegeben hat, wurde er zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt. Eine zweite Strafe von 1000 M. wurde verhängt, weil das Blatt einen Artikel der „Vossischen Zeitung“, betitelt „Im kranken Land“, in dem der Rückgang der gesamten ökonomischen Volkswirtschaft geschildert worden war, nachgedruckt hatte. Beide Strafen wurden verhängt, ohne daß ein Verfahren vorangegangen war und ohne daß der verurteilte Redakteur überhaupt vernommen worden ist. — Die Polizei ist zur Herausgabe der oben angeführten Strafbefehle nicht berechtigt. Was Straftat Nr. 1 betrifft, so müßte in Polen jeder Redakteur bestraft werden, wenn es gibt in Polen mit Ausnahme des „Volkswille“ keine Zeitung, die im Verantwortlichkeitsvermerk auch die Straße und Hausnummer des verantwortlichen Redakteurs aufweist. Straftat Nr. 2 gehört vor ein ordentliches Gericht.

Die Annäherung Korfantys.

Wer hat das ausschließliche Recht, namens der schlesischen Bevölkerung oder gar namens der Bevölkerung der schlesischen Wojewodschaft zu sprechen? So fragt der „Polak“ in seiner Nr. 231. Es ist Zeit, daß dieses Rätsel gelöst wird, bevor es zu spät ist. Bisher war es und ist es nämlich so: Als die Behörden und das polnische Militär in Oberschlesien einrückten, begrüßte sie auf Grund eines noch nicht näher begründeten Beremoniells — Herr Korfanty! Bei Gründung des schlesischen Wojewodschaftstheaters erschien wie ein „deus ex machina“ auf der Bühne mit einer Begrüßungsrede, die wenig glänzend oder herzlich war. — Herr Korfanty! Seht, da sich die früheren Hellschallanten anschicken, ihren verehrten General Haller zu empfangen, wird wieder in Programmen und Aufrufen seitens des Volkes angekündigt, daß namens der schlesischen Bevölkerung der General begrüßt werden wird durch — Herrn Korfanty! Mit welchem Recht? Wer hat ihn hierzu ermächtigt? fragt immer noch der „Polak“. Vielleicht die Mehrheit der Oberschlesier oder die Schlesier der Wojewodschaft allgemein? Hat er denn jemand um die Ermächtigung gefragt? Der Anfall der Wahl zum Sejm der Wojewodschaft sollte doch diesen Unternehmern gelehrt haben, daß fast die Hälfte der polnischen Bevölkerung in der schlesischen Wojewodschaft sich doch ganz deutlich gegen ihn ausgesprochen hat. Wenn er also nicht durch sein eigenes Ich verblendet oder ein brutaler Mensch ist, sollte er die Alleinherrschaft und ähnliche Gelüste aufgeben. Er hat wohl das unbestrittene Recht, namens seines herr-

Am 5. November stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

lichen Bloß des sogenannten Nationalen, zu reden, aber darüber hinaus — weg damit von Bürgern anderer Überzeugung; diese haben ihre eigenen Vertreter. Und wenn er trotz allem sich uns nochmals als Fürsprecher aufbringen sollte, dann müssen wir wohl oder übel die ganze Zusammenkunft der Halleroldaten als eine Wahlhege der „Chijena“ ansehen, die unter dem Deckmantel, einen polnischen Verband der Halleroldaten zu gründen, auf diese Leute nur im reaktionären Geiste wirken will. General Haller selbst ist als erster Abgeordneter der „Chijena“ aufgestellt. Persönlich ist der General als ein edler und loyaler Mann bekannt; von seiner Seite fürchten wir also keine Zerküftung. Es ist aber auch seine Untzähligkeit und die rückfällige Art der „H. D.“ und ihres Korps, andere auszunutzen, bekannt. Also Vorsicht!

Das Ende der „Lusitania“-Füge.

Die „Lusitania“ war für den Kriegsdienst bestimmt durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland als Hilfskreuzer. Aber zu der Zeit der Versenkung wurde sie nicht so genannt und wurde als Passagier- und Frachttragendes Handelsschiff benutzt. Sie war unbewaffnet und trug Neutrale und Nichtkämpfer zusammen mit verschiedenen Arten von Infanterieausstattungen, Kriegsbedarf und ähnlichem.

(Entscheidung des amerikanischen Obersten Bundesgerichtes vom 5. Mai 1922).

Dieses hochinteressante Urteil ist gefällt worden im Zusammenhang mit einem Prozeß der Erben Vanderbills gegen die Travelers Insurance Co., wobei die Ansprüche der Kläger abgewiesen worden waren. Das Urteil ist von so überraschender politischer Bedeutung, daß einige wichtige Sätze aus ihm der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden sollten.

In der in Frage stehenden Versicherung war die Haftung der Gesellschaft ausgeschlossen für den Todesfall des Versicherungsnehmers infolge einer Kriegshandlung. Das Gericht hatte also zu untersuchen, ob die Versenkung der „Lusitania“ durch ein deutsches Unterseeboot eine ordnungsmäßige Kriegshandlung gewesen ist. Es wird in dem Urteil nun zunächst festgestellt, daß das deutsche Unterseeboot ohne Zweifel als ein rechtmäßiges Kriegsmittel der deutschen Regierung angesehen werden müsse. Von Munition ist in dem Urteil nicht die Rede. Man kann sie aber unter dem „Mehrligen“ durchaus verstehen.

In langen Auseinandersetzungen kommt das Gericht zu dem Schluß, daß der Tod des Versicherten an Bord der „Lusitania“ als eine Folge des Krieges betrachtet werden muß. Das Argument, daß die Versenkung keine Kriegshandlung gewesen sei, könne nicht zugegeben werden.

Die Behauptung, daß die Versenkung der „Lusitania“ außerhalb des Kriegesrechts geschehen sei, und die „Lusitania“ keinerlei militärische Bestimmung gehabt habe, daß es sich also lediglich um einen Handelsakt verkehrlicher Elemente handelte, Behauptungen, mit denen die amerikanische Nation vornehmlich in den Krieg geführt wurde, sind durch den Urteilspruch des amerikanischen höchsten Gerichtshofes Klipp und klar widerlegt.

Gegen die schwarze Rheinlandbesetzung.

Aus New York schreibt man dem Deutschen Auslandsinstitut: Im Bundes Senat hat Senator Hitchcock von Nebraska, der frühere demokratische Vorsitzende des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten, von neuem in längeren Ausführungen die Schandtat der französischen Regierungen in der besetzten Rheinprovinz gegen deutsche Frauen und andere an den Pranger gestellt. Der Senator erklärte, daß wenn er diese Sache wiederum vor den Bundes-Senat bringe, er damit die Absicht verfolge, der amerikanischen Regierung den Vorschlag zu machen, Frankreich nahe zu legen, die afrikanischen Soldaten durch weiße Franzosen zu ersetzen. Er verlas eine Reihe von an ihn gerichteten Briefen von naturalisierten amerikanischen Bürgern aus dem besetzten Gebiet, darunter einen aus Coblenz, worin es heißt: Wenn Sie hier wären und die französischen Truppen sähen, die zum größten Teil Farbige sind, und wenn Sie hörten, was unsere amerikanischen Soldaten von ihrer Aufführung erzählen, würde Ihr Blut sicher in Wallung kommen. Hitchcock schloß mit den Worten:

Wir mögen ruhig zusehen, während Frankreich in seiner Torheit durch Forderungen für Entschädigungen dabei ist, die deutsche Republik zu lähmen oder zu vernichten, durch Forderungen, welche, wie die ganze Welt weiß, Deutschland gegenwärtig nicht bezahlen kann. Wir mögen sogar stillschweigende Zeugen des Sturzes der deutschen Republik sein und mitansehen, wie das deutsche Volk in seiner Verzweiflung in die Hände der Monarchisten oder in die Arme des Bolschewismus getrieben wird. Aber als Nation sind wir mitverantwortlich für die militärische Besetzung des Rheinlandes, und es ist unsere Pflicht, gegen das Einquartieren von halb zivilisierten schwarzen Truppen bei der weißen Bevölkerung zu protestieren, wo sie als Grobverbrecher erscheinen und als Verbrecher auftreten.

Die Krönung des rumänischen Königspaares.

Bukarest, 17. Oktober. (Nat.) Die Krönung des Königspaares fand gestern statt. Das Königspaar wurde von den Mitgliedern der Regierung, von den zivilen und militärischen Würdenträgern und vom Bürgermeister von Alba Julia begrüßt. Der Festzug begab sich nach der Kathedrale, wo der König und die Königin die Krönungsgewänder anlegten. Nach dem Gottesdienst, der vom ersten Metropoliten abgehalten wurde, fand der Krönungsakt statt. Die Krone ist aus einem Teil einer im Jahre 1877 bei Ploemna erbeuteten türkischen Kanone hergestellt worden.

Die Faschisten-Wirtschaft in Italien.

Für einen am 25. Oktober in Neapel stattfindenden Aufmarsch der Faschisten, an dem 35 000 Bewaffnete in voller Ausrüstung teilnehmen sollen, werden umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Teilnehmer werden nach Neapel in Sonderzügen befördert, die von faschistischen Lokomotivführern gefahren werden. Ihr Führer Mussolini wird bei dieser Gelegenheit 40 neu gebildeten Formationen Fahnen überreichen. Nach der Parade wollen die Faschisten nach Rom ziehen, um dort bei der Eröffnung des Parlaments anwesend zu sein, dessen Auflösung sie gefordert haben.

Lokales.

Sodz, den 18. Oktober 1922.

Die deutsche Vortwahlbewegung.

Deutsch-jüdische Wahlzählung.

Gestern Abend fand im Zentralwahlkomitee eine gemeinsame Sitzung der deutschen und jüdischen Vertreter des Wahlkreises Sodz unter Vorsitz des Herrn A. Bengisch statt. Herr Ing. Berde erstattete Bericht über die Tätigkeit des Zentralwahlkomitees des Winderheitenbloßes in Warschau sowie über die gegenwärtige Lage der Vortwahlarbeiten. Die Versammelten berieten eingehend über die Stellung von Vertrauensmännern für die Stimmbezirke am Wahltag. Für jeden Stimmbezirk ist ein Vertrauensmann und ein Vertreter notwendig, die bis zum 25. Oktober dem Vertrauensmann, Herrn Ing. Ruffat, genannt werden müssen, damit sie mit Legitimationen versehen werden können.

Intelligentere deutsche Kräfte aus dem Wahlbezirk Sodz-Band werden auf diesem Wege aufgefordert, sich den einzelnen Wahlkomitees zu melden, um diese Vertrauensarbeit am Wahltag zu übernehmen, um Übergriffen entgegenzutreten und eine gerechte Durchführung der Wahlen zu sichern.

Nachdem die einzelnen Vertreter Berichte über die Tätigkeit ihrer Komitees erstattet hatten, wurde beschlossen, gemischte Wahlversammlungen abzuhalten in:

Brunsta, Wola, am Dienstag, den 24. d. M.

Tabantce, am Sonntag, den 22. d. M., um 12 Uhr.

Alexandrow, am 28. Oktober, um 7 Uhr abends.

Jelow, am 29. Oktober, um 8 Uhr nachmittags.

Gyze minei und Sosjowla, am Sonntag, den 22. Oktober.

Effingshausen, am Sonntag, den 22. Oktober.

Vom Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees wird uns geschrieben:

Auf Grund des Art. 63 der Wahlordnung zum Sejm und Senat steht jeder Partei das Recht zu, an den Wahltagen Vertrauensmänner in die Wahllokale zu entsenden. Auch wir müssen von diesem Rechte Gebrauch machen, um uns vor eventuellen Mißbräuchen zu schützen. Für jedes Wahllokal wird ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter ernannt, die die Pflicht haben, den Wahlvorgang zu beaufsichtigen und bei eventuellen Verletzungen unserer Rechte und unserer Wähler einzuschreiten. Das Amt eines Vertrauensmannes ist ein Ehrenamt, das jeder Deutsche gern auf sich nehmen mußte. Das Zentralwahlkomitee wendet sich daher an alle Volksgenossen mit dem dringenden Ersuchen, sich schon jetzt für das Amt eines Vertrauensmannes zu melden, da die Namen derselben der Bezirkswahlkommissionen angegeben werden müssen. Anmeldungen werden täglich von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends im Generalsekretariat (Rozwadowska 17) entgegengenommen.

Am Sonntag, den 15. Oktober, begaben sich im Auftrage des Zentralwahlkomitees die Herren August Ulla aus Sodz und Rudolf Drews aus Rohanice zu einer Wahlversammlung nach Jelow. Die Versammlung fand auf dem Hofe der Fabrik des Herrn Lewi statt. Der geräumige Hof war fast ganz mit Menschen gefüllt. Da an der Versammlung Deutsche, Juden und Tschechen teilnahmen, die nicht alle die deutsche Sprache beherrschten, wurden die Reden in polnischer Sprache vorgetragen. Die Versammlung eröffnete Herr Niewieczal und erteilte Herrn Drews das Wort. In einer sachlichen, klaren Rede erläuterte der Redner die Notwendigkeit der Bildung des Winderheitenbloßes, wies darauf hin, daß der Bloß zum Schutze der durch die Konstitution garantierten Rechte gegründet wurde, da die Wahl-

ordnung den Grundfragen der Konstitution widerspricht. Zur Gründung des Bloßes haben uns unsere Gegner, die heute sich ein Geschrei gegen den Bloß erheben, gegönnt. Gerade als Bürger des polnischen Staates dürfen wir nicht zulassen, daß das Recht mißachtet und umgangen werde.

Als zweiter Redner trat der Kandidat des Wahlkreises Sodz-Band, Herr Ulla, auf. Er wies darauf hin, daß wir vor großen aber unsere nächste Zukunft entscheidenden Tagen, dem 5. und 12. November, stehen. Alle Bürger Polens, in deren Händen eigentlich die Staatsgewalt liegt, sollen Männer wählen, die die Verwaltung unserer Heimat übernehmen sollen. Wer in diesem Moment gleichgültig bleibt oder gar an den Wahlen keinen Anteil nehmen wollte, der würde dadurch zeigen, daß er nicht in einem freien Staate lebt, sondern unter einer Knutenherrschaft gehört. Eine Politik wird schon für die Tragen, Gleichgültigen, Schmeichler, Kriecher, aber auch für die Mutlosen und Verzagenden geübt. Die uns benachteiligende Wahlordnung, die klar ausgedrückten Absichten der Autokratie und seiner Anhänger, die Hege eines „Rozwój“, „Krajczy Rozwój“ und anderer chauvinistischer Blätter zeigen uns klar und deutlich, daß man Polen zu einem katholisch-polnischen Nationalstaat machen will, und alles, was nicht polnisch, ja noch mehr, nicht reaktionär-nationalistisch ist, soll unterdrückt, zum Schweigen gebracht, entnationalisiert werden oder das Land räumen. Diefelbe Hege, die vor mehr als einem Jahrhundert Polen zum Fall gebracht hat, hat jetzt schon unsere Heimat im Innern geschwächt, im Auslande diskreditiert und das Vertrauen zu uns untergraben. Gerade als vernünftige Bürger Polens müssen wir dieser verderblichen Hege und diesen schändlichen Absichten eine gemeinsame, geschlossene Front gegenüberstellen. Alle völkischen und religiösen Winderheiten in Polen müssen gerade jetzt alle ihre Kräfte mobilisieren, um zu beweisen, daß wir für unsere Rechte einzutreten verstehen, daß uns unsere Muttersprache, der Glaube und die Sitten unserer Väter teurer sind. Wenn wir nur einzig sein werden, dann werden wir auch stark sein und vereint mit der vernünftigen Mehrheit des polnischen Volkes, werden wir es dahin bringen, daß Polen, Deutsche, Juden, Ruthenen, Weißrussen u. a. friedlich und brüderlich nebeneinander in den Grenzen des polnischen Staates wohnen. sich gegenseitig achten und unterstützen werden. Nur auf diesem Wege kann Polen die Herzen der Winderheiten ganz und voll für sich gewinnen und sie dauernd an sich fesseln.

Dann wandte sich der Redner an die tschechischen (evangel. reformierten) Bürger Jelow und der Umgebung mit dem Antrag, sich dem Winderheitenbloß anzuschließen, da sie nur bei uns Verständnis und Unterstützung in allen nationalen und religiösen Fragen finden werden. Wenn sich die Versammelten heute dem Bloß anschließen und am 5. und 12. November für die Bloß 16 stimmen werden, so gibt ihnen Herr Ulla öffentlich das feierliche Versprechen, daß der Winderheitenbloß in jeder Hinsicht in Schutz nehmen und unterstützen wird. Darauf versprachen alle, sich dem Bloß anzuschließen und für Bloß 16 zu stimmen.

An der Versammlung nahmen auch viele Polen teil und versuchten dem Redner zu widersprechen; sie wurden jedoch durch die Ansprache von Tschechen und Deutschen geschlagen und zum Schweigen gebracht. Einer der polnischen Redner gab am Ende Herrn Ulla ganz und voll recht und fand es für ganz selbstverständlich und richtig, daß die Winderheiten um ihre Gleichberechtigung kämpfen und sich zusammenschließen, meinte aber, dieselben Rechte müssen auch die Polen in Deutschland und anderen Ländern haben. Darauf erwiderte Herr Ulla, daß er ganz und voll dem Gedanken zustimme und im Geiste dem polnischen Redner und allen seinen Gesinnungsgenossen die Hand reichte und mitarbeiten wolle, daß das Nationalitätenproblem in allen Staaten gelöst werde, was viel zur Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Glückes der Menschheit beitragen wird. Herr Niewieczal erklärte sich im Namen der tschechischen Arbeiter mit dem Beitritt zum Bloß einverstanden, da, wie Herr Ulla erklärt habe, der Bloß den Arbeitern gegenüber gerecht war und ihnen 3 Mandate gesichert habe. Es wäre aber durchaus notwendig, daß einer dieser Arbeiterkandidaten nach Jelow käme und eine Versammlung abhalte. Herr Ulla versprach diesen Wunsch dem Wahlkomitee zu übermitteln und dafür zu sorgen, daß Herr Krowig oder Herr Berde zu einer Versammlung nach Jelow komme.

Die Reden sowie auch der ganze Verlauf der Versammlung machten auf alle Anwesenden sehr guten Eindruck. In bester Ordnung und bei voller Zufriedenheit aller Teilnehmer löste sich die Versammlung auf. Sogar die Polen meinten, daß unter den vielen Wahlversammlungen in Jelow dies die beste und lehrreichste war. Die Redner bekamen nicht und beleidigten niemanden, wie es die verschiedenen polnischen Parteien machen, sondern verteidigten nur sachlich ihre Bestrebungen und brachten allen Versammelten Aufklärung und nützliches Wissen.

Auf seltsame Weise erfolgt in Galizien die Ernennung der Vorsitzenden der Wahlkommissionen. Wie uns ein deutscher Lehrer in Wandrow in den Karpaten schreibt, klopfte es nachts 2.30 Uhr plötzlich sehr stark am Fenster seines Schlafzimmers. Auf die Frage, wer da sei, wurde stürmisch das Öffnen der Tür verlangt. Es waren dies der Ortsrichter und ein Gendarm, die

dem Lehrer seine Ernennung zum Vorsitzenden der Wahlkommission überbrachten.

Sewerny Goldstein, wohnhaft Slawna 69, 133 Handelsmann, Pulnowa 21. Moriz Ortmann, Sachobnia 66, werden sich vor dem Gericht zu verantworten haben, weil sie, ohne in dem Befehl von Eintrittsarten zur Vortwahlversammlung im Scaltheater gewesen zu sein, dort mit Gewalt einzudringen versuchten, um die Versammlung zu hindern.

Da die deutschen Sozialisten in Polen sich dem deutschen Abgeordnetenklub vom schlesischen Landtag angeschlossen haben, erklärte die Partei der polnischen unabhängigen Sozialisten den mit der deutschen sozialistischen Partei geschlossenen Vertrag für ungültig und rief die deutschen Namen von ihrer Kandidatenliste.

Rückwanderung aus Russland. In der ersten Hälfte d. J. sind nach den Berechnungen des statistischen Amtes für Auswandererangelegenheiten 170 465 Personen aus Russland nach Polen zurückgekehrt. Die meisten Rückwanderer sind Polen, die Ukrainer stehen an zweiter Stelle. Im ganzen sind seit November 1918 780 838 Personen aus Russland nach Polen zurückgekehrt. Die Rückkehr von einer Million Personen wird noch erwartet. Die Reisefloßen, die von der polnischen Regierung getragen werden, sind sehr groß.

Der Flugverkehr in Polen. Wie wir bereits berichteten, hat die Gesellschaft „Aerolloyd“ am 1. September einen ständigen Flugpost- und Personenverkehr auf den Linien Warschau—Zemberg—und Warschau—Danzig eröffnet. Der vergangene Monat bewies, daß das Interesse für den Flugverkehr in Polen verhältnismäßig groß ist. Aus dem Bericht des „Aerolloyd“ für den Monat September geht hervor, daß die Gesellschaft in diesem Zeitraum 225 Personen, 2420 Kg. Güter und 340 Kg. Postfrachten befördert hat. Die Luftfahrzeuge des „Aerolloyd“ legten im September 102 Flüge und eine Strecke von 28 665 Kilometern zurück. Wenn wir berücksichtigen, daß der Monat September äußerst windig war und daß es noch nicht allen interessierten Kreisen bekannt ist, daß die Strecke von Warschau nach Zemberg oder von Warschau nach Danzig in 2 1/2 Stunden zurückgelegt werden kann; ferner, daß die Sendungen an dem Aufgabtag der Adressat erreichen, so gelangen wir zu der Überzeugung, daß dem Luftverkehr in Polen eine große Zukunft bevorsteht. Auch in den Wintermonaten soll der Flugverkehr aufrechterhalten werden, und zwar werden die Flugzeuge geheizt sein.

Im Postamt Sodz 5 in der Balcanstraße 149 sind, wie uns geschrieben wird, Postschließfächer für gewöhnliche und eingeschriebene Briefe erhältlich.

Schwierigkeiten in der Errichtung der unabhängigen orthodoxen Kirche in Polen. Wie die polnischen Blätter melden, steht die Errichtung der Autokirche der orthodoxen Kirche in Polen — welche bekanntlich in der letzten Synode der orthodoxen Geistlichkeit in Warschau beschlossen worden ist — auf Schwierigkeiten, insbesondere, weil der Patriarch von Konstantinopel eine abwartende Stellung eingenommen hat. Es ist noch nicht bekannt, was für einen Standpunkt der Belgrader Patriarch Antonius einnehmen wird, der sich als Vorgesetzter der orthodoxen Emigration betrachtet.

Immer lustig weiter. In den nächsten Tagen sollen die Gaspreise erhöht werden. Diese Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung besprochen werden. — Auf Ersuchen des Druckschultheißerverbandes soll die Druckkostenquote erhöht werden. (bip.)

Die hohen Hotelzimmerpreise. Die städtische Behörde befaßt sich gegenwärtig mit den hohen Preisen der Hotelzimmer. Das städtische Wohnungsamt erhielt vom Regierungskommissariat, Abteilung zum Kampf mit dem Wucher, die Aufforderung, sich über die Hotelzimmerpreise zu äußern. Auf Grund der Berechnungen des Wohnungsamtes, durften die Hotelzimmerpreise im Monat September nur um 15, nicht aber um 100 Prozent erhöht werden. Wie wir erfahren haben, wird sich die Staatsanwaltschaft mit dieser Angelegenheit befassen. (bip.)

Erhöhung für die städtischen Beamten. Der Stadtverordnetenversammlung ging vom Magistrat der Antrag zu, den Multiplikator der Beamtenlöhne für Oktober zu vergrößern. (bip.)

Das Standesamt der Baptisten. Auf Grund eines Beschlusses der Baptistenversammlung wurde sich Stadtpräsident Krowitz an den Kultusminister mit dem Antrag, die Baptistengeistlichen auch weiterhin zur Unterzeichnung der Akten des Standesamtes zuzulassen.

Zwangswise Ausladung von Eisenbahnwagen. In Anbetracht des Wagonmangels und der Steigerung des Verkehrs macht die Warschauer Eisenbahndirektion im Interesse der Vergrößerung des Wagonverkehrs bekannt, daß Sendungen von halben und ganzen Waggons, die am vorgeschriebenen Tage nicht ausgeladen werden sollten, auf Kosten und Gefahr des Empfängers von der Eisenbahn ausgeladen werden.

Die Seuchen in Sodz. In der Zeit vom 8. bis zum 14. Oktober erkrankten in Sodz: an Unterleibstypus 89 Personen (14 Todesfälle), an der Ruhr 1 Person, an der Schwinducht 14 Todesfälle, an der Mole 1 Person, an den Mäsem 1 Person, am Scharlach 8 Personen (4 Todesfälle), an der Diphtheritis 2 Personen.

